

Presseerklärung vom 09.09.2011

Niedersächsischer Richterbund für die Beibehaltung der Insolvenzgerichte in der Fläche

"Wir freuen uns, dass sich gerade die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag für die Beibehaltung der niedersächsischen Insolvenzgerichte in der Fläche ausgesprochen hat", sagte Andreas Kreuzer, Vorsitzender des Niedersächsischen Richterbunds (NRB). "Es zeichnet sich ein immer breiter werdender Konsens ab, die bewährten Strukturen zu bewahren", so Kreuzer weiter.

Nachdem der Niedersächsische Justizminister Bernd Busemann bereits im Frühjahr diesen Jahres seine Ablehnung gegen die angedachte Konzentration der Insolvenzgerichte zum Ausdruck gebracht hat, hat sich nun auch die Landtagsfraktion der FDP in ihrer Presseerklärung vom 07.09.2011 ausdrücklich dafür ausgesprochen, die bestehenden Insolvenzgerichte zu erhalten.

"Wir begrüßen besonders, dass der Wert einer bürgernahen Justiz für die rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger von der Politik erkannt und gewürdigt wird", erklärte Kreuzer. "Die Amtsgerichte leisten hervorragende Arbeit. Es gibt deshalb auch keinen Grund, bei der Zuständigkeit zwischen Unternehmens- und Privatinsolvenzen zu unterscheiden. Wir haben die starke Hoffnung, dass die Argumente des Richterbundes auch zu einer entsprechenden Überzeugungsbildung im Deutschen Bundestag führen", so Kreuzer weiter.

Der Niedersächsische Richterbund ist mit über 1.500 Mitgliedern der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Niedersachsen. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierung, Parlament und Öffentlichkeit.

Kontakt:

Nicolai Stephan, Pressereferent,
Telefon: (05 31) 4 88 - 23 79 und (01 60) 90 29 24 19, E-Mail: Nicolai.Stephan@justiz.niedersachsen.de

Kirstin Seidel, Geschäftsführerin,
Tel.: (0 51 21) 9 68 - 4 58 und (01 73) 2 14 82 57, E-Mail: Kirstin.Seidel@justiz.niedersachsen.de

www.nrb-info.de